DEHOGA OSTWESTFALEN

DEHOGA Ostwestfalen · Niederwall 47 · 33602 Bielefeld

Stadt Bielefeld
Pit Clausen
Büro Oberbürgermeister
Rathausplatz

33602 Bielefeld

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.
(DEHOGA Ostwestfalen)
Niederwall 47, 33602 Bielefeld
Hauptgeschäftsführerin: Regine Tönsing
Tel.: 0521-68574 □ Telefax: 0521-175382
Email: info@dehogaow.de □ www.dehogaow.de

Bankverbindung: Sparkasse Bielefeld
IBAN: DE30 4805 0161 0075 0011 15

Bielefeld, 28.02.2025

Lokale Verpackungssteuern: Nicht noch mehr Bürokratie

Sehr geehrter Herr Clausen,

nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der Tübinger Verpackungssteuer gibt es immer mehr Pläne vielleicht auch in Bielefeld, eine solche einzuführen. Wir möchten von unserer Seite gern hierzu Stellung nehmen und Ihnen die Dringlichkeit zeigen, dass unserer Branche nicht noch mehr Bürokratieaufgaben und Kosten aufzubürden ist.

Der DEHOGA in Ostwestfalen hat wie die Kommunen auch grundsätzlich ein Interesse daran, dass weniger Müll in unseren Städten und Gemeinden entsteht und Umwelt und Stadtbild weniger leiden. Aus diesem Grund bringen wir uns auch gerne und konstruktiv in den Dialog zu praktikablen Lösungen für mehr Mehrweg und weniger Abfall ein.

Dennoch sehen wir die Einführung von kommunalen Verpackungssteuern weiterhin äußerst kritisch, zumal nach einer Studie der Uni Tübingen das Ziel einer Reduzierung von Einwegverpackungsmüll durch die Verpackungssteuer in Tübingen gar nicht erreicht wurde!

Lokale Verpackungssteuern würden wieder einmal zusätzlichen finanziellen wie personellen Aufwand und zusätzliche Bürokratie in den betroffenen Betrieben bedeuten. Tübingen hat gezeigt, dass die Umsetzung für die Betriebe vor Ort mit einer aufwändigen Beleg- und Nachweispflicht genauso verbunden ist wie beispielsweise mit vierteljährlichen Vorauszahlungen. Die Auslegungshinweise der Stadt Tübingen zur Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer umfassen 21 Seiten (!). Abgrenzungsschwierigkeiten wären vorprogrammiert. All das geschähe in Zeiten, in denen allenthalben Bürokratieabbau postuliert wird und das Gastgewerbe mit seinen vielen Klein- und Kleinstbetrieben bereits jetzt unter hohen bürokratischen Lasten ächzt und wir es uns nicht leisten können, unsere weniger gewordenen Beschäftigten mit weiteren administrativen Pflichten zu "belasten". Hinzu kommt, dass ein Flickenteppich mit mehr oder weniger unterschiedlichen kommunalen Verpackungssteuer-Satzungen droht, was

die Umsetzung für Betriebe mit mehreren Standorten noch einmal erheblich verkompliziert und erschwert. Wir glauben, die erste wirksame Voraussetzung für weniger Einwegverpackungen ist eine wirklich funktionierende flächendeckende Infrastruktur für Mehrwegbehältnisse. Solange Einwegverpackungen ohne eine solche für Gäste wie Gastronomen häufig noch attraktiver sind, verteuern sich die gastronomischen Angebote schlicht durch die Steuer, was in kostensensiblen Zeiten für die Gastronomie ein konkretes Problem darstellt: Gibt sie die Steuer nicht weiter, reduzieren sich die ohnehin kleinen Margen, gibt sie sie weiter, befürchten wir einen weiteren Konsumverzicht der Gäste. Gerade kleine Betriebe, die auf eine funktionierende, externe Infrastruktur angewiesen sind, wären im Ergebnis besonders betroffen. Deshalb ist es aus unserer Sicht unabdingbar, zuerst diese flächendeckende funktionierende Infrastruktur aufzubauen, bevor an neue Steuern gedacht wird.

Wir haben die Sorge, dass die Einführung einer Verpackungssteuer am Ende nur zu einer Einnahmensteigerung auf Kosten der Gastronomie genutzt wird, obwohl sie selbst nicht die Vermüllung hervorruft. Dies wäre also nicht nur ungerecht, sondern angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Gastronomie auch unangebracht und kontraproduktiv. Im Übrigen leisten Bürgerinnen und Bürger für die Abfallbeseitigung ja bereits kommunale Abgaben.

Für uns stellen sich daher folgende Fragen:

1. Wie stellen Sie sicher, dass die Verpackungssteuer tatsächlich zu einer signifikanten Reduktion des Verpackungsmülls führt, wenn eine Studie das Gegenteil gezeigt hat?
2. Haben Sie die Auswirkungen der Verpackungssteuer auf kleine und mittelständische Betriebe in unserer Gemeinde, die sich nach wie vor häufig in einer wirtschaftlich extrem herausfordernden Situation befinden, vollständig berücksichtigt?
3. Welche Alternativen zu einer Verpackungssteuer haben Sie in Betracht gezogen, um die Umweltbelastung tatsächlich zu reduzieren, ohne die lokale Wirtschaft zu belasten?
4. Wie planen Sie, die Akzeptanz der Verpackungssteuer bei den Bürgern zu erhöhen, insbesondere wenn viele Verbraucher die Nutzung von Mehrwegverpackungen als unbequem empfinden, weil es keine flächendeckende Mehrweg-Infrastruktur gibt?
5. Haben Sie die zusätzlichen Belastungen für die Behördenmitarbeiter bedacht, die durch die Verwaltung und Durchsetzung der Verpackungssteuer entstehen?
6. Wozu – wir wissen, es ist eine Steuer – möchten Sie die Mehreinnahmen konkret einsetzen? Wäre es nicht sinnvoll, in die Mehrweginfrastruktur zu investieren, um die Mehrwegquote tatsächlich zu erhöhen und nicht nur Mehreinnahmen zu generieren und damit die Abfallmengen zu reduzieren?

Wir wissen, dass sehr viele Gemeinden mit großen finanziellen Herausforderungen konfrontiert sind, trotzdem würden wir uns freuen, wenn Sie unsere Überlegungen in Ihre einbeziehen würden und stehen selbstverständlich zu einem konstruktiven Austausch bereit.

Mit gastfreundlichem Gruß

Andreas Büscher
DEHOGA Ostwestfalen
Präsident

Regine Tönsing
DEHOGA Ostwestfalen
Hauptgeschäftsführerin